

Schriftliche Information des Bundeskanzleramtes gem. § 6 Abs. 3 EU-Informationsgesetz

27.1.2025

1. Bezeichnung des Rechtsaktes

Prioritäten des polnischen EU-Ratsvorsitzes.

2. Inhalt des Vorhabens

Am 1.1.2025 übernahm Polen (Triopräsidentschaft Polen, Dänemark, Zypern), zum 2. Mal nach 2011 den EU-Ratsvorsitz. Unter dem Motto „*Security, Europe!*“ wird das Thema **Sicherheit** in allen Dimensionen – extern, intern sowie in den Bereichen Information, Wirtschaft, Energie, Lebensmittel und Gesundheit – in den Mittelpunkt der Prioritäten des polnischen EU-Ratsvorsitzes gestellt und zieht sich wie ein roter Faden durch alle Themenbereiche und Ratsformationen. Sieben übergeordnete Schwerpunkte sollen die prioritären Handlungsfelder bilden:

1. Verteidigung und Sicherheit: Ambitionierte Maßnahmen im Verteidigungsbereich inkl. Verteidigungsfinanzierung, Stärkung der Kooperation mit NATO und nicht-EU Partnern, insb. USA, UK, Südkorea und weitere (nicht explizit genannte).
2. Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Grenzen: Neue Lösungen für einen umfassenden Ansatz in den Bereichen Migration und Grenzsicherheit; Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes; Kampf gegen internationales organisiertes Verbrechen, Terrorismus und Radikalisierung.
3. Widerstandsfähigkeit gegen ausländische Einflussnahme und Desinformation: Verstärkte Koordinierung und Stärkung der EU Kapazitäten im Kampf gegen Desinformation und Informationsmanipulation, insb. durch Drittstaaten.
4. Sicherheit und Freiheit für Unternehmen: Stärkung von Binnenmarkt und Industrie, fairer Wettbewerb auf globaler Ebene, Verbesserung der Handelsinstrumente. Diskussion zur Zukunft der Kohäsionspolitik.
5. Energiewende: Streben nach vollständiger Unabhängigkeit von RU Energieimporten; Reduktion der Energiepreise; Revision des EU-Rahmens für Energiesicherheit; Geringere Abhängigkeit von importierten Technologien und kritischen Rohstoffen.
6. Wettbewerbsfähige und resiliente Landwirtschaft: Stärkung der Landwirtinnen und Landwirte; Ernährungssicherheit in der EU; starke GAP; Herausforderungen im Landwirtschaftsbereich iZm künftigen Erweiterungen (insb. UA).
7. Gesundheitssicherheit: Digitale Transformation des Gesundheitswesens; mentale Gesundheit; Stärkung von Gesundheit und Krankheitsprävention; Verfügbarkeit von Medikamenten.

3. Hinweise auf Mitwirkungsrechte des Nationalrates und Bundesrates

Sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat haben Mitwirkungsrechte bei den einzelnen Legislativvorhaben, die während des polnischen EU-Ratsvorsitzes behandelt werden.

4. Auswirkungen auf die Republik Österreich einschließlich eines allfälligen Bedürfnisses nach innerstaatlicher Durchführung

Das Arbeitsprogramm des polnischen EU-Ratsvorsitzes hat *per se* keine Auswirkungen auf die Republik Österreich. Die eigentlichen Auswirkungen entstehen durch die im Programm enthaltenen Legislativvorhaben, worüber sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat gesondert und detailliert informiert werden.

5. Position des Bundeskanzleramts samt kurzer Begründung

Der polnische EU-Ratsvorsitz wird vor dem Hintergrund des Beginns des neuen institutionellen Zyklus der EU stattfinden (neue EK seit 1.12.2024 im Amt). Das Programm des Vorsitzes wird zur Kenntnis genommen.

6. Angaben zu Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität

Das Arbeitsprogramm des polnischen EU-Ratsvorsitzes ist kein Legislativvorhaben und hat daher *per se* keine Auswirkungen auf die Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität. Arbeitsprogramme des Ratsvorsitzes werden halbjährlich seitens des jeweils rotierenden Ratsvorsitzes erstellt und stellen eine Sammlung seiner Prioritäten dar, basierend auf dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission, dem 18-Monatsprogramm des Rates („Trio-Programm“) sowie der strategischen Agenda des Rates.

7. Stand der Verhandlungen inklusive Zeitplan

- Am 11.12.2024 wurden die politischen Prioritäten des polnischen Vorsitzes vorgestellt und das Programm vorgelegt.
- Beginn des polnischen EU-Ratsvorsitzes am 1.1.2025.
- Präsentation des Programms durch den polnischen Premierminister Donald Tusk im EP-Plenum am 22.1.2025 in Straßburg.

Formelle und informelle Tagungen des Rates bzw. des Europäischen Rates im Zeitraum 1.1.-30.6.2025:

- Europäischer Rat: 20./21.3., 26./27.6.; inf. Treffen am 3.2.
- Allgemeine Angelegenheiten: 28.1., 25.2., 18.3., 27.5., 24.6.; inf. am 17./18.2.
 - o Allgemeine Angelegenheiten/Kohäsion: 28.3.; inf. am 20./21.5.
- Auswärtige Angelegenheiten: 27.1., 24.2., 17.3., 14.4., 19.5., 23.6.; inf. (Gymnich) am 7./8.5.

- Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung: 26.5.; inf. am 10./11.2.
 - Auswärtige Angelegenheiten/Handel: 15.5.; inf. am 3./4.2.
 - Auswärtige Angelegenheiten/Verteidigung: 20.5.; inf. am 2./3.4.
- Wirtschaft und Finanzen: 21.1., 18.2., 11.3., 13.5., 20.6.; inf. am 11./12.4.
- Justiz und Inneres: 6./7.3., 12./13.6.; inf. am 30./31.1.
- COMPET (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Innovation, Raumfahrt): 6.3., 22.5. (Binnenmarkt und Industrie), 23.5. (Forschung, Raumfahrt), inf. am 10./11.3. (Forschung), 23./24.6. (Tourismus).
- Umwelt: 27.3., 17.6.; inf. am 28./29.4.
- TTE (Verkehr, Telekommunikation, Energie): 17.3. (Energie), 5./6.6. (Verkehr und Telekom), 16.6. (Energie); inf. am 4./5.3. (Telekom) und 17./18.3. (Verkehr), 12./13.5. (Energie).
- EPSCO (Beschäftigung, Soziales, Gesundheit): 10.3. (Soziales), 12./13.6. (Soziales und Gesundheit); inf. am 24./25.3. (Gesundheit) und 14.-16.4. (Soziales).
- Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 12./13.5.; inf. am 21./22.1. (Bildung), 7./8.4. (Kultur und Medien).
- Landwirtschaft und Fischerei: 27.1., 24.2., 24.3., 28.4., 26.5., 23./24.6., inf. am 16./17.6. (Landwirtschaft).